Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

16. Dezember 1949 Blatt 1479

Wiener Landtag

ormittag um 10 Uhr trat der Wiener Landtag unter dem
s Präsidenten Marek (SPÖ) zusammen. Der Vorsitzende
laß Heinrich Franz (WdU) sein Gemeinderatsmandat zurück-
wodurch es automatisch als erloschen gelte.
sblock lag ein Antrag vor, die Zahl der Mitglieder
arkollegiums des Gemeinderates und des Immunitäts-
s Landtages mit je 13 festzusetzen. Der Antrag wurde
ordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.
wurde vom Wiener Landtag nach den Bestimmungen des
mittelgesetzes die Kommission gewählt, die über Beru-
Steuerbescheide u.a. zu entscheiden haben wird. Die
faßt 22 Mitglieder und ebensoviele Stellvertreter für
Parteien wurden Wahlvorschläge erstattet, die ein-
ommen wurden. Auf die sozialistische Partei entfallen
der und Stellvertreter, auf die ÖVP je 8 Mitglieder
reter, auf den Linksblock und auf die WdU je 1 Mit-
tellvertreter.

Über das Gesetz über die Einhebung einer Jagdsteuer in Wien referierte Stadtrat Resch (SPÖ). Er betonte, daß die Gesetzesvorlage kein neues Recht schaffen will, sondern dem bestehenden bloß jene Form gibt, die den geänderten Verhältnissen entspricht. Bisher wurde die Jagdsteuer in Wien auf Grund einer reichsdeutschen Verordnung eingehoben.

Das Gesetz wurde in ersterund zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Blatt 1471-1478 ausgefallen

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

16. Dezember 1949 Blatt 1479

Wiener Landtag

Heute vormittag um 10 Uhr trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek (SPÖ) zusammen. Der Vorsitzende teilte mit, daß Heinrich Franz (WdU) sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt habe, wodurch es automatisch als erloschen gelte.

Vom Linksblock lag ein Antrag vor, die Zahl der Mitglieder des Disziplinarkollegiums des Gemeinderates und des Immunitätskollegiums des Landtages mit je 13 festzusetzen. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Zunächst wurde vom Wiener Landtag nach den Bestimmungen des Abgabenrechtsmittelgesetzes die Kommission gewählt, die über Berufungen gegen Steuerbescheide u.a. zu entscheiden haben wird. Die Kommission umfaßt 22 Mitglieder und ebensoviele Stellvertreter für Wien. Von den Parteien wurden Wahlvorschläge erstattet, die einstimmig angenommen wurden. Auf die sozialistische Partei entfallen je 12 Mitglieder und Stellvertreter, auf die ÖVP je 8 Mitglieder und Stellvertreter, auf den Linksblock und auf die WdU je 1 Mitglied und 1 Stellvertreter.

Über das Gesetz über die Einhebung einer Jagdsteuer in Wien referierte Stadtrat Resch (SPÖ). Er betonte, daß die Gesetzesvorlage kein neues Recht schaffen will, sondern dem bestehenden bloß jene Form gibt, die den geänderten Verhältnissen entspricht. Bisher wurde die Jagdsteuer in Wien auf Grund einer reichsdeutschen Verordnung eingehoben.

Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Sodann referierte Stadtrat Resch über die Änderungen des Hundeabgabegesetzes, über die die"Rathaus-Korrespondenz" bereits berichtete. Der Referent betonte, dass das Gesetz im Einvernehmen mit den Siedlern und Kleingärtner entstanden sei. Nach der Vorlage wird für je 15 Siedler oder Kleingartenstellen eine auf die Hälfte ermässigte Hundemarke ausgegeben. Dadurch wird kein Vorrecht für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe geschaffen und doch den berechtigten Wünschen der Siedler nach zusätzlichen Schutzmassnahmen entsprochen. Die vorgeschlagene Regelung wird eine Abgabeermässigung für rund 4000 Wachthunde bedeuten. Diese Zahl entspricht annähernd der Zahl der gegenwärtig auf Siedler- und Kleingartenstellen gehaltenen Wachthunde.

Zum Wort hatte sich Abg. Hausner (Linksblock) gemeldet. Er betonte, dass die Gesetzesvorlage dem Wunsch der Siedler nur zu einem Teil Rechnung trägt und wendete sich gegen das Lotteriespiel, daß die Siedler nun austrgane müssen. Er stellte einen Antrag auf Abänderung des Gesetzentwurfes, in der Weise, dass jeder Siedler die Begünstigung erhalten kann.

In seinem Schlusswort bezeichnete Stadtrat Resch die Ausführungen des Debattenredners als die gewöhnliche Lizitationspolitik der kommunistischen Fraktion. Er betonte, dass die Verbände der Siedler es selbst waren, die diesen Weg vorgeschlagen haben.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der kommunistischen Fraktion abgelehnt und die unveränderte Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Stadtrat Resch berichtete sodann über die Vorlagen zur Einhebung einer Ausgleichabgabe auf Frischfleisch und Fleischwaren im Gebiete der Stadt Wien und über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh. Die Einhebung beider Abgaben verfolgen keine fiskalischen Zwecke und stützen sich auf Verordnungen des Reichsstatthalters von Wien, die auf Grund der kriegsbedingten Verhältnisse erlassen wurden. Die Geltungsdauer der beiden Gesetze wurde gleichzeitig mit 31. Dezember

1951 begrenzt, um dem Landtag für diesen Zeitpunkt wieder die Möglichkeit zu geben, die Notwendigkeit der Fortdauer dieser Bestimmungen zu prüfen.

Die Einhebung der Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch und Fleischwaren im Gebiete der Stadt Wien wurde eingeführt, weil für die gemeindeeigenen Schlachthäuser bei der Einfuhr von Fleisch ein Ausfall an Schlachthofgebühren eintritt. Gleichzeitig aber müssen auch die hygienischen Gründe in Erwägung gezogen werden.

Abg. Soswinski (LBl) kritisierte mehrere Änderungen, die die Vorlage noch in den letzten Tagen erfahren hatte. Er stellte daher den Antrag auf Absetzung der beiden Anträge von der Tagesordnung, um neue Beratungen zu ermöglichen.

Abg. Dr. Robetschek (ÖVP) gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Landtag nach dem 31. Dezember 1951 diese beiden Gesetze nicht mehr zu behandeln braucht.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wurde der Antrag des Abg. Soswinski abgelehnt und beide Vorlagen vom Landtag unverändert angenommen.

Stadtrat Fritsch berichtete über das Gesetz über den Religionsunterricht in der Schule. Der Nationalrat habe ein gleichlautendes Gesetz bereits im Juli dieses Jahres beschlossen. Das vorliegende Gesetz macht den Religionsunterricht wieder zum Pflichtgegenstand, wobei für Schüler unter 14 Jahren die Möglichkeit besteht, von ihren Eltern vom Unterricht abgemeldet zu werden. Schüler über 14 Jahre können die Abmeldung selbst schriftlich vornehmen. Gleichzeitig regelt die Vorlage die Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Religionslehrer.

Das Gesetz wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Wiener Gemeinderat

Im Anschluß an den Wiener Landtag, trat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner der Wiener Gemeinderat zusammen.

Zu Beginn der Sitzung lagen zwei Anträge und zwei Anfragen vor. Ein Antrag der Fraktion der ÖVP betrifft die Einführung einer kombinierten Wochenkarte auf der KÖB und der Wiener Städti-

schen Strassenbahn zum Aufschluss der Siedlungsgebiete am Stadtrand.

Ein Antrag des Linksblocks betrifft die Einführung von Fahrpreisermässigungen für Lehrlinge auf den Städtischen Verkehrsmitteln.

Beide Anträge wurden der zuständigen Verwaltungsgruppe zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Anfragen des Linksblocks beschäftigen sich mit der Unterlassung jeglicher Berichterstattung des Stadtplaners Prof. Brunner an den Wiener Gemeinderat und die zuständigen Gemeinderatsausschüsse, sowie mit der Aufdeckung der Angelegenheit des ehemaligen WdU-Gemeinderates Franz. Die erste Anfrage wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Erledigung zugewiesen. Die zweite Anfrage wird im weiteren Verlauf der Sitzung verlesen werden.

Stadtrat Resch referierte dann über die Beitragsleistung des Landes Wien zum Ausgleich des Bundeshaushaltes 1949. Er erwähnt, dass dieses Notopfer voraussichtlich 47 Millionen Schilling betragen wird.

GR. Dr.Soswinski (Lbl), nimmt zu dem Antrag Stellung und ersucht um Aufklärung, wieso es zu diesem Staatsdefizit kam. (Zwischenruf bei der SPÖ: "Durch die fehlenden USIA-Steuern".) Der Redner behauptete im Verlaufe seiner Ausführungen, dass dieser Betrag zur Aufstellung eines Bundesheeres verwendet wird, das dazu dienen soll, die Forderungen der Arbeiter im eigenen Lande niederzuhalten und als Fortsetzung des kalten Krieges gegen die Arbeiterschaft unserer Nachbarländer zu dienen. (Zwischenruf GR.Adelpoller (SPÖ): "Wie ist es mit der Wehrmacht in den Volksdemokratien?" - Erregte Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Nachdem GR. Dr.Soswinski ausgesprochen hatte, stellte der Vorsitzende fest, dass der Redner dem Referenten gegenüber den Ausdruck "Schmierenkomödiant" gebraucht habe. Der Bürgermeister erteilte deshalb GR. Dr.Soswinski den Ordnungsruf.

In seinem Schlusswort betonte Stadtrat Resch unter dem Beifall der Sozialisten, dass er sich nicht auf das Niveau und den Ton seines Vorredners einstellen wolle. Er verwahre sich aber energisch gegen die unbewiesenen Beschimpfungen des GR. Dr.Soswinski.

Er betonte ferner, wenn die KPÖ immer wieder den Wunsch hat, im Gemeinderat Fragen des Bundeshaushaltes zu besprechen, und dazu GR. Dr. Soswinski als ihren Fachmann reden zu lassen, so mögen sie dies doch lieber im Parlament selbst vertreten. Er werde daher auch nicht auf diese Fragen eingehen.

Stadtrat Resch beschäftigte sich dann mit Zitaten des GR. Dr. Soswinski aus Reden nach dem 1.Weltkrieg. Er stellte fest, daß die damalige Abgabenteilung grundsätzlich anders war als in den Jahren seit 1945. Damals hat es sich zu einem grossen Teil um einen Kampf gegen Wien gehandelt. Bei der Abgabenteilungsnovelle 1949 und für 1950 war aber von diesem Kampf der Länder und der übrigen Gemeinden Österreichs gegen Wien nichts mehr zu spüren.

Der Redner stellte ferner fest, daß sich Österreich trotz allen Versuchen der Kommunisten seit 1947 in einer aufsteigenden Linie der wirtschaftlichen Entwicklung befindet. Daher sind auch die Einnahmen der Länder und Gemeinden im steigen. Somit bedeuten diese Opfer glücklicherweise keine Einschränkungen, sondern nur das Aufgeben eines nichtentscheidenden Teiles der mit Sicherheit zu erwartenden Mehreinnahmen. Die Stadt Wien hat sich dazu entschlossen, weil sie überzeugt ist, daß es ohne einem geordneten Bundeshaushalt keine sichere Währung gibt. Wir haben aber alle Ursache, den Bundeshaushalt und damit die Währung in Ordnung zu halten.

Zum Abschluß versicherte Stadtrat Resch, daß es den gemeinsamen Bemühungen und der Einheit aller Länder und Gemeinden bei den Verhandlungen gelungen ist, das Opfer der Länder und Gemeinden in einem so geringen Umfang zu halten, daß das Wohnbauprogramm der Stadt Wien und alle produktiven Leistungen der Stadt für das Jahr 1950 gesichert sind. (Stürmischer Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung wird die Vorlage ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner richtete als Vorsitzender sodann die Aufforderung, in der Debatte mehr zur Sache zu sprechen. Wenn dies nicht geschehe, müsse er den Ordnungsruf erteilen und

nach dreimaliger Verwarnung dem Redner das Wort entziehen.

Stadtrat Resch referierte sodann über Subventionen an neun Vereinigungen in der Höhe von insgesamt 17.800 Schilling. Es erhalten im einzelnen: Erste österr. Krüppelarbeitsgemeinschaft 2.500 S, Verein zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinder 5.000 S, Freiwillige Feuerwehr Sieding, politischer Bezirk Neunkirchen 500 S, Arbeitermittelschule 2.000 S, Wiener Goethe-Verein 500 S, Geologische Gesellschaft 300 S, Gesellschaft für Wiener Theaterforschung 1.000 S, Sonnblick-Verein 3.000 S, Heimatmuseen 3.000.

Die freiwillige Feuerwehr Sieding erhält deswegen eine Subvention, weil sich in dieser Gegen ein großer Waldbesitz der Stadt Wien befindet.

Zum ersten Mal erhält heuer auch der Sonnblickverein eine Subvention.

In der Debatte sprach GR. Dr. Matejka (LBl). Er betonte, es sei ihm bewußt, daß es im Rahmen dieser Sitzung nicht möglich ist, diese Beträge zu erhöhen. Der Redner gab jedoch zu bedenken, ob es nicht möglich wäre, die Beträge einer Revison zu unterziehen. Er bemängelte ferner, daß die Geologische Gesellschaft mit einem "Bettelbetrag" abgespeist wird. GR. Dr. Matejka stellte fest: "Wenn wir Interessenvertreter einer Stadt der Kultur und vor allem der Wissenschaft sind, so dürfen wir nicht sagen, daß dies eine Angelegenheit des Unterrichtministeriums oder der Wissenschaft selbst ist, sondern es ist eine ureigene Angelegenheit. Er wisse, daß keine hunderttausend Schilling gegeben werden können, aber diese kleinen Beträge sollten doch erhöht werden.

Der Redner bemängelte, daß auch viele Vereine und Verbände nicht auf dieser Subventionsliste aufscheinen. Es fehlt zum Beispiel der Verband Demokratischer Schriftsteller und Journalisten, oder des PEN-Club. Dr. Matejka betonte, es ginge nicht an, daß die Stadt Wien an dem Subventionsansuchen dieses Verbandes jedes Jahr ablehnend vorübergehe. Er gab seiner Erwartung Ausdruck, daß hier im letzten Moment noch eine Revision erfolgt.

Stadtrat Resch stellte fest, dass die Stadt Wien deswegen heuer keine Veränderungen bei den Subventionen vorgenommen hat, weil der Kulturgroschen vom 1. Oktober an zur Verfügung stehen wird. Für 1950 wird aus diesem Titel eine Einnahme von 3.5 Millionen Schilling erwartet. Es wird also dann möglich sein, jene Zuschüsse zu gewähren, die aus Steuermitteln allein nicht gewährt werden können.

Über den Verband Demokratischer Schriftsteller und Journalisten sagte Stadtrat Resch, dass dieser eine Berufsorganisation sei und die Stadt Wien bei keiner solchen Organisation Zuschüsse gewährt.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) berichtet über das Ansuchen der Wiener Symphoniker um eine Subvention. Von den 128.600 Schilling, die 1949 bewilligt wurden, sollen 40.000 Schilling als Subvention und der Rest von 88.600 Schilling interimsweise aus dem voraussichtlichen Erträgnissen des Kulturgroschens bestritten werden.

GR.Dr.Matejka (Lbl.) wies auf die grossen kulturellen Verpflichtungen der Stadt Wien hin. Es sei unmöglich, alle finanziellen Anforderungen des kulturellen Lebens auf den Kulturgroschen abwälzen zu wollen, denn es habe sich gezeigt, dass die Eingänge aus dem Kulturgroschen weit geringer sind, als man ursprünglich erhofft hatte. Er verlangte für die Wiener Symphoniker ein feststehendes Budget. Reden von der Kultur Österreichs und Wiens sei grosse Mode, doch damit sei es nicht getan. Die Kulturschaffenden müssen unterstützt werden, dabei darf man den Kulturgroschen nicht als deux ex machina betrachten. Er betonte weiter, dass er sich im Laufe seiner jahrzehntelangen Arbeit im kulturellen Leben den Namen eines "Bolschewiken" erworben habe, auf den er nur stolz sein könne und wies darauf hin, dass er bis 1945 keiner Partei angehört habe.

GR. Nora Hilti (ÖVP) trat gleichfalls für die Unterstützung der Symphoniker ein, doch müsse man keinesfalls Bolschewik sein, um die Kulturinteressen Wiens zu vertreten. Die Voraussetzung jedes kulturellen Lebens sei die Besserstellung der Bevölkerung

auch in wirtschaftlichen Belangen. Kultur dürfe nicht von oben aus diktiert werden, sondern die Freiheit der Persönlichkeit müsse auch im Kulturschaffen berücksichtigt werden.

Nach dem Schlußwort der GR. Nödl, die die Hoffnung aussprach, daß in Zukunft jährlich insgesamt 900.000 Schilling für die Symphoniker aus dem Kulturgroschen zur Verfügung gestellt werden können, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Exel (ÖVP) berichtet über die Neuregelung der Obus-Tarife. Es handelt sich bei der Neuregelung der Obus-Tarife um siedlungstechnische Maßnahmen. Eine Tarifeinheit herzustellen sei unmöglich gewesen, da der Autobusbetrieb teurer kommt als Schienenbahnen. Als Grundlage für die neuen Tarife, die bereits mit 1. September in Kraft getreten sind, gelten 16 Groschen für den Personenkilometer.

Für den Linksblock nahm GR. Lauscher zu dem Antrag Stellung. Er betonte, daß seine Fraktion die neuen Linien in den Außenbezirken sehr begrüßt, allerdings wurden damit nicht alle berechtigten Wünsche der Bevölkerung in den genannten Bezirken berücksichtigt. Besonders im 25. Bezirk wäre die Errichtung neuer Linien notwendig und nicht zuletzt auch im 22. Bezirk. Mit der Einführung der Kinderfahrscheine wurde ein sehr dringender Wunsch der Bevölkerung erfüllt. GR. Lauscher spricht sich dann gegen die Erhöhung der Tarife auf den Städtischen Autobuslinien aus. Er erwähnt, wie sehr die Entwicklung des Straßenbahnnetzes hinter der Ausdehnung der Stadt zurückgeblieben ist und daß es sich daher bei den Autobussen nur um Zubringerlinien zu den Straßenbahnen handle. Es wäre die Aufgabe der Stadtverwaltung, zwischen Autobus und Straßenbahn eine Tarifeinheit herzustellen. Wenn dies jedoch nicht geschieht, dann möge man wenigstens von Erhöhungen Abstand nehmen.

GR. Dr. Soswinksi bezeichnet die Tarifpolitik bei den Autobuslinien als ungerechtfertigt und verlangt Aufklärung. Er weist darauf hin, daß bei den einzelnen Autobuslinien ganz unterschiedliche Tarife gebraucht werden. Ferner findet er es als unangebracht, daß die Schülerfahrscheine nur für zwei Fahrten pro Tag berechtigen, den Kindern also keine Möglichkeit gegeben wird, Theaterveranstaltungen oder dergleichen zu besuchen.

GR. Adelpoller (SPÖ) nimmt für seine Fraktion zu den Ausführungen der GR. Lauscher und Dr. Soswinski Stellung und erklärt, dass er verschiedenes nicht unwidersprochen lassen kann. Es sei vollkommen ungerechtfertigt, dass von Seiten der kommunistischen Fraktion immer im Namen der Wiener Bevölkerung gesprochen wird, wo sie doch höchstens für 5 Prozent der Wiener Bevölkerung sprechen kann. (Beifall bei den Sozialisten und Gelächter beim Linksblock).

Der Redner wies auf die schwierige Situation der Verkehrsbetriebe im Jahre 1945 hin und stellte fest, dass es nur durch die aufopfernde Arbeit aller Bediensteten und Arbeiter gelungen ist, den Verkehr im gegenwärtigen Ausmass wieder durchzuführen. GR. Adelpoller stellte sodann verschiedene neue Autobuslinien in Aussicht, und zwar eine Linie von der Meidlinger Hauptstrasse nach Liesing und eine von Jedlersdorf nach Gerasdorf. Er stellte abschliessend fest, dass seine Fraktion alles tun werde, um die Verkehrsprobleme im Interesse der Bevölkerung zu lösen. (Beifall bei der SPÖ)

Stadtrat Dr. Exel wies in seinem Schlusswort die Vorwürfe der kommunistischen Debatteredner zurück und stellte fest, dass bei der Erstellung des 16-Groschen-Tarifes die ganze Skala der Demokratie durchlaufen wurde. Ferner betonte er, dass trotz der von den Kommunisten kritisierten Höhe der Tarife das Defizit im Budget der Verkehrsbetriebe 43 Millionen Schilling für das zu Ende gehende Jahr beträgt. Würde man den so viel gelästerten 80-Groschen-Fahrschein um 20 Groschen verbilligen, müsste das Defizit sogar 101 Millionen Schilling betragen.

Der Antrag wurde ohne die Stimmen der KPÖ angenommen.

Stadtrat Dr. Exel berichtete dann über einen Zuschusskredit im Wege eines Virements für den Umbau der Wagenhalle II des Bahnhofes Wienzeile der Verkehrsbetriebe. Der Umbau wurde dadurch notwendig, dass sich die Hauptwerkstätte für die Instandsetzung der grossen amerikanischen Triebwagen als ungeeignet erwies.

GR. Dr. Soswinski (Lbl.) ergriff wieder als Debatten-

redner das Wort. Er stellte fest, daß es einem Voranschlag und auch einem Wirtschaftsplan eines Unternehmens widerspricht, wenn im zwölften Monat plötzlich Änderungen durchgeführt werden. Er verlangte darüber Auskunft, wieso die für andere Posten bereitgestellten Geldbeträge nicht auch dort zur Gänze verwendet wurden.

Stadtrat Dr. Exel erwiderte, daß eben weniger wichtige Dinge bei vordringlichen Aufgaben zurückstehen müssen. Er betonte, daß der Umbau dieser Halle nicht nur wegen der amerikanischen Triebwagen notwendig geworden ist. Die Verkehrsbetriebe denken daran, auch künftig schwere vierachsige Wagen bei der heimischen Industrie in Auftrag zu geben.

Der Antrag wurde angenommen.

GR. Pölzer (SPÖ) berichtete über die Vereinbarung für die Arbeiter des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien, die zwischen der Gemeinde und dem Gewerkschaftsbund auf Grund des Inkrafttretens der Landarbeitsordnung abgeschlossen wurde. Diese Abmachungen bedeuten für die soziale Besserstellung der Landarbeiter einen großen Fortschritt.

GR. Dr. Altmann (LBl) gab gewisse Verbesserungen für die Landarbeiter zu, doch seien diese gegenüber den sozialen Errungenschaften in Gewerbe und Industrie immer noch sehr gering. Besonders kritisierte er, daß bei der Entlohnung von Männern und Frauen bei der gleichen Arbeit Unterschiede gemacht wurden. Er beantragte, in Hinkunft den Grundsatz des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit gelten zu lassen.

GR. Pölzer zeigte an Hand von Beispielen, daß in der Vorlage dieser Grundsatz dort, wo es nötig erschien, auch eingehalten wurde. Die Vorlage wurde angenommen, der Resolutionsantrag GR. Altmanns abgelehnt.

Der von GR. Dr. Hohl (ÖVP) referierte Kollektivvertrag für die Angestellten des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien wurde ohne Debatte angenommen.

Stadtrat Fritsch (SPÖ) berichtete über die Überbrückungsbeihilfe. Die Ansätze für die Überbrückungsbeihilfe halten sich an den im Nationalrat genehmigten Beschluß.

GR. Dr. Altmann (LBl) verlangte, daß für die Überbrückungshilfe das Prinzip der Lebenshaltung den Ausschlag geben müsse.

Auf Leistungslöhne sei dann beim Nachziehverfahren Rücksicht zu nehmen. Wenn die Gemeinde als Notopfer für den Bund 1949 47 Millionen Schilling hergeben konnte, so müsse es auch möglich sein, für die Überbrückungshilfe mehr als 20 Millionen Schilling auszuwerfen. Er stellte daher den Antrag auf Erhöhung der Überbückungshilfe für Aktive und Pensionisten auf 400 Schilling, für Empfänger von Bezugsvorschüssen, von eingerückten und noch nicht zurückgekehrten Bediensteten oder für in nicht Verwendung genommene Bedienstete und Lehrlinge auf 200 Schilling.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) erklärt, dass auch seine Fraktion gerne für eine höhere Überbrückungshilfe gestimmt hätte. Aber es ist relativ leicht, einen Vorschlag zu bringen der das Vorgeschlagene überschreitet und dann in der Zeitung zu schreiben, "die anderen waren dagegen, dass den Angestellten kein höherer Betrag zugesprochen wurde". Der Redner erwähnt, dass sich in Österreich tief bedauerliche Vorfälle im Zusammenhang mit der Überbrückungshilfe ereignet hätten, die nicht geeignet sind, dem Arbeitnehmer Vorteile zu gewährleisten. Sie waren geeignet, Besorgnis und Unruhe hervorzurufen. (Zwischenruf vom Linksblock: "Denken Sie an die Preisexzesse und die Teuerung!") Für seine Fraktion stimmte er der Vorlage zu. Er ist der Meinung, dass alle Anwesenden hier in diesem Haus alles daransetzen und zusammenarbeiten sollen, um für Wien und Österreich eine schöne Zukunft zu erreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlusswort betont StR. Fritsch, dass bestimmt jeder für eine höhere Überbrückungshilfe wäre, wenn die dazu notwendigen Mittel vorhanden wären. Wir können aber keine Katastrophenpolitik brauchen und nur mit den vorhandenen Mitteln rechnen. Diese erlauben aber leider keine höhere Überbrückungshilfe.

Der Abänderungsantrag des GR. Dr. Altmann wurde abgelehnt. Der Antrag des Berichterstatters wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner übernimmt den Vorsitz.

GR. Mistinger referiert einen Antrag, der beinhaltet, der Liga für Menschenrechte, die in der Öffentlichkeit großes Ansehen erwerben konnte, eine Subvention von 1.000 Schilling zu gewähren.

Der Antrag wurde angenommen.

Am Ende der Sitzung gelangte die dringliche Anfrage der Fraktion des Linksblocks über den ehemaligen GR. Franz zur Behandlung. Der Bürgermeister erteilte GR. Maller (KPÖ) zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.

GR. Maller betonte, daß es in einem demokratischen Gemeinderat überflüssig sein müßte, die Dringlichkeit dieser Anfrage zu begründen. Er bezeichnete den WdU als eine Wehrwolfbewegung in legaler Form, die das Sammelbecken der neofaschistischen Ratten in Österreich bildet. Sogar seine Mandatare sind reichsdeutsche Staatsbürger. GR. Maller bezeichnete diesen Umstand als eine freche und impertinente Verhöhnung des demokratischen Österreichs.

Auf die Person des ehemaligen Gemeinderates eingehend, betonte der Redner, daß dieser vom Staat Österreichs auch eine Kriegsopferrente erschwindelt habe. Es erhebt sich nun die Frage, wieso es möglich war, daß diese Herrschaften in den Gemeinderat einziehen konnten. Franz sei 1923 aus der Tschechoslowakei als tschechoslowakischer Staatsbürger nach Österreich gekommen, habe 1927 die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, sei 1934 nach Deutschland gegangen und ist dort der Österreichischen Legion beigetreten. 1935 wurde er reichsdeutscher Staatsbürger und kam 1938 wieder nach Wien zurück wo er die 5-Zimmer-Wohnung eines jüdischen Kaufmannes besetzte.

GR. Maller verlangte die dringliche Behandlung seiner Anfrage.

Bei der Abstimmung fand der Antrag nicht die genügende Unterstützung und wurde daher vom Bürgermeister der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. In den Bänken des Linksblockes fielen dabei "Hört, Hört-Rufe" und der Ruf "Schutzkoalition".

Bürgermeister Dr.h.c. Körner schloß die Sitzung um 14.50 Uhr.

Der 63er fährt wieder!

Der Kanalbau in der Hütteldorfer Straße bei der Reinlgasse ist soweit vorgeschritten, daß von Sonntag, den 18. Dezember an, der Betrieb der Straßenbahnlinie 10 auf der Strecke Joachimsthaler Platz - Hietzinger Brücke wieder durchgehend geführt werden kann.

Von Montag, den 19. Dezember an, wird auch der Betrieb auf der Straßenbahnlinie 63 auf der Strecke Opernring - Kärntnerstraße - Friedrichstraße - Linke Wienzeile - Rechte Wienzeile - Heumühlgasse - Schönbrunner Straße - Grünbergstraße - Schönbrunner-Brücke bis Sechshauser Straße wieder aufgenommen. In der Gegenrichtung wird die Linie 63 über Schönbrunner Straße - Reinprechtsdorfer Straße - Margaretenstraße - Margaretenplatz - Margaretenstraße - Pressgasse - Rechte Wienzeile - Linke Wienzeile zum Opernring geführt.

Erster Zug ab Schönbrunn nach Opernring um 5'26 Uhr, letzter Zug um 23'46 Uhr. Erster Zug ab Opernring nach Schönbrunn um 5'50 Uhr, letzter Zug um 0'11 Uhr.

Vom gleichen Tage an wird die Linie 61 ab Rechte Wienzeile über die Hamburger Straße - Pilgramgasse zur Schönbrunner Straße, in der Gegenrichtung ab Margaretenplatz über Pilgramgasse - Hamburger Straße zur Rechten Wienzeile geführt. Im übrigen bleibt die Linienführung unverändert. Erster Zug ab Meidling, Eichenstraße nach Opernring um 5'22 Uhr, letzter Zug um 22'37 Uhr. Erster Zug ab Opernring nach Meidling, Eichenstraße um 5'45 Uhr, letzter Zug um 23'00 Uhr.

Der 53. Heimkehrertransport in Wien eingetroffen

Trotz starkem Regen versammelten sich heute am späten Nachmittag vor dem Südbahnhof tausende Wiener zum Empfang des 53. Heimkehrertransportes aus Russland. Unter den 413 Heimkehrern, die mit dem Sonderzug aus Wiener Neustadt ankamen, waren 177 Wiener, 153 Niederösterreicher, 40 Burgenländer und 43 Ausländer, meist Frauen. Im Namen der Stadt Wien nahmen an der Begrüssung Bürgermeister Dr.h.c. Körner mit den Stadträten Afritsch und Rohrhofer sowie mehrere Nationalräte und Gemeinderäte teil.

Nach der Begrüssung durch Stadtrat Afritsch ergriff der Bürgermeister das Wort. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass knapp vor Weihnachten wieder einige hundert Österreicher nach jahrelangen Entbehrungen aus der Kriegsgefangenschaft heimkommen konnten. Er begrüsste sie im Namen aller Parteien und besonders im Namen der ganzen Bevölkerung Wiens. "Für jeden Heimkehrer", sagte der Bürgermeister, "gilt es für die Erhaltung der Demokratie und Freiheit zu sorgen, damit es niemals mehr zu einem Krieg kommen kann. In der Demokratie ist es Pflicht jedes Menschen die Ideale der Demokratie zu hüten!" Der Bürgermeister überbrachte dann den Heimkehrern die besten Feiertagswünsche sowie ein herzliches "Glück auf!" für die Zukunft.

Vor dem Bahnhof empfing die Heimkehrer die Polizeikapelle sowie eine Abordnung der Bezirksvertretung von Favoriten mit Bezirksvorsteher Wrba an der Spitze. Die Favoritner übergaben den Heimkehrern Liebesgabenpakete.